Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mark, bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark, bei der Post bestellt vierteljährlich 13.20 Mark, monatlich 4.40 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., auswärtige 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Größe und Ort der Anzeigen können Wünsche nicht berücksichtigt werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist

Nr. 24. Sonnabend, den 29. Januar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Hauptausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung stellte eine Reihe von Grundsätzen auf.

•

Sämtliche Parteien des Reichstages haben einen Antrag eingebracht, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, der eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung der Wöchnerinnenbeihilfen vorsieht.

•

Der Landesausschuß der bayrischen Einwohnerwehren hat in seinen Satzungen zwei Paragraphen gestrichen, womit jeder Zusammenhang der Einwohnerwehr mit der Reichswehr aufhört.

•

Das preußische Staatsministerium hat die Wahl des bisherigen Kämmerers Böß zum Oberbürgermeister von Berlin bestätigt.

•

Der neue Reparationsplan wird als eine Phantasie ins Blaue angesehen; Deutschland wird weder 6 Milliarden Goldmark noch 3 Milliarden jährlich zahlen, weil es solche Summen gar nicht zahlen kann.

•

Marschall Foch ist von Paris nach London abgereist. (Diese plötzliche Abreise wird wohl mit Fochs Zusammenstoß mit Lloyd George auf der ersten Konferenzsitzung in ursächlichem Zusammenhang stehen.)

Die Ausführungsgesetze zur Reichsverfassung.

S. P. K. Die Haltung der Parteien wie der Regierung drängt dazu, die Ausführungsgesetze zur Reichsverfassung zu fordern. Die Deutschnationalen bekämpfen die Verfassung, die Deutsche Volkspartei würde gegen ihre Beseitigung nicht viel einzuwenden haben. Die Kommunisten wollen sie mit allen Gewaltmitteln stürzen, die USP hat die Reichsverfassung abgelehnt und sich für die Rätediktatur eingesetzt. Die SPD hat sich mit der USP verbündet und gefährdet damit die Verfassung. Die Deutschdemokratische Partei muß sich jetzt als die einzige Partei, die rückhaltlos zur Verfassung steht, als die Verfassungspartei, für die Sicherung und die endliche praktische Durchführung der Reichsverfassung einsetzen. Der Ministerpräsident Buck will die Verfassung durchführen; er muß aber damit rechnen, daß seine Mitregenten es ihm gelegentlich erschweren. Zwar hat Lipinski auch gesagt, die Tätigkeit der Regierung müsse im Rahmen der Verfassung bleiben; er hat aber zugleich seiner Partei eingeräumt, daß sie über diesen Rahmen hinausgehen könne. Auch der Unterrichtsminister Fleißner fühlt sich an die Verfassung gebunden, aber er will sie doch in seinem Geiste auslegen. Damit hat er bereits begonnen. Es besteht ja sächlich die Gefahr, daß man der Verfassung deshalb überdrüssig wird, weil sie sich nicht endgültig durchzusetzen vermag. Vier Fragen sind zu regeln dringend nötig: die Trennung von Staat und Kirche, der Ausbau der Volksschule, das Beamtenrecht, der Wirtschafts- und Arbeiterrat.

Daß die Grundsätze für die Ablösung der Kirche noch nicht erlassen sind, bringt die evangelische Kirche, die Kirchgemeinden, wie die Geistlichen in Sachsen in schwere Bedrängnis. Verbitterung und Haß gegen den neuen Staat, der sie rechtlos werden läßt, muß in kirchlichen Kreisen entstehen. Politisch unheilvoll ist der Zustand, daß der Minister, der sich auf den Boden der Verfassung stellt, und für die Rechte der Kirche eintritt, von einer Kammermehrheit von diesem Standpunkt abgedrängt werden kann und doch keinen gesetzlichen Rückhalt hat. Die Beschlüsse der früheren Volkskammer über die Gehälter der Geistlichen sind Willkür, und doch gibt es gegen sie keine gesetzliche Handhabe. Die Trennung von Staat und Kirche ist tatsächlich eingetreten, und doch ist die Kirche auf den Staat angewiesen geblieben. Ein Schwebezustand, der für Staat und Kirche gleich peinlich ist. Es muß zur Klarheit kommen. Ebenso ist es auf dem Gebiet der Schule. Ganz unerträglich ist es für ein verfassungstreues Rechtsempfinden, daß der deutschdemokratische Unterrichtsminister sich befehden lassen mußte, weil er die Verfassung einzuhalten sich bemühte. Was wäre denn in Sachsen geschehen, wenn ers nicht getan hätte? Sicherlich wäre der Schulstreik durchs ganze Land gegangen. Der Minister Dr. Seyfert hats verhindert. Nicht jeder aber ist bereit, um des Rechtes willen Vertrauen und Sympathien aufs Spiel zu setzen. Dauernd kann aber kein Mann und kein Land einen solchen Zustand ertragen. In welch Wirrsal ist unsere Schule gekommen. Die Kämpfe um die Schule verhexen viel mehr, als man äußerlich erkennen kann. Und wenn sie wenigstens ein praktisches Ergebnis haben könnten! Soll es denn nun einmal sein, daß die Schule zerschlagen wird in Bekenntnis- und bekenntnislose Schulen, so mags denn geschehen; das wird schlimm sein, aber immer noch besser als der gegenwärtige Zustand, in dem jeder und doch niemand Recht hat. Die Lehrer lehnen den konfessionellen Religionsunterricht ab, das ist ihr verfassungsmäßiges Recht, und die Eltern verlangen diesen Unterricht, das ist deren verfassungsmäßiges Recht. Wie kann ohne Scheidung beiden ihr Recht werden? Wie kann man aber scheiden, wenn das Reich es unmöglich macht? Es sollte bis Ostern doch die Durchführung des Schulkompromisses — an dem die Deutsche Demokratie übrigens keinen Anteil hat — ermöglicht werden.

Ebenso dringlich ist die Regelung des Beamtenrechts. Natürlich muß zunächst die Besoldung so schnell als möglich neugeordnet werden. Aber was nun seit Jahren versprochen worden ist, muß endlich erfüllt werden. Die Beamten wollen gesetzlich anerkannte nicht nur wohlwollend zugelassene Vertretung. Sie wollen Selbstverantwortung und größere Selbständigkeit gesetzlich gesichert haben. Sie wollen ein modernes Disziplinargesetz. Die Vorarbeiten sind gemacht; die reichsgesetzlichen Grundlagen möchten nun bald geschaffen werden. Die Frage der Wirtschafts- und Arbeiterräte wird umso dringender, je ernster die wirtschaftliche Lage wird. Die politischen Körperschaften sind bereit, wirtschaftliche, sachkundige Beratungskörper neben sich anzuerkennen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat muß nun endgültig umgestaltet und durch die Bezirkswirtschaftsräte (Landeswirtschaftsräte) erweitert werden. Die Betriebsräteeinrichtung muß verfassungsmäßig organisiert werden. Das alles ist schon in der alten Volkskammer gefordert worden: möge das Reich auch hier den Ausbau bald ermöglichen. Der sächsische Landtag hat einmütig den Anträgen der deutschdemokratischen Fraktion zugestimmt. So erscheinen die Forderungen nicht mehr lediglich als Wünsche interessierter Kreise, sondern als dringliche Wünsche einer Volksvertretung, als Wünsche deren Erfüllung eine staatliche Notwendigkeit für unser Land ist.

Der Wehrminister über die Reichswehr.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags führte bei der Beratung des Etats des Reichswehrministeriums Minister Dr. Geßler u. a. folgendes aus:

Durch den Friedensvertrag hat das Reich seine Souveränität in Heeresangelegenheiten verloren. Dieses Diktat von Versailles ist eine Ausnahmebestimmung gegen das deutsche Volk. Wir begrüßen eine Weltabrüstung, wir sehen aber statt dessen ein neues Wettrüsten und empfinden dies als eine ernstliche Bedrohung. Das Söldnerheer ist auf die Dauer unerträglich. Wir brauchen ein Milizheer mit kurzer Dienstzeit. Die uns zugestandenen 100 000 Mann werden den deutschen Verhältnissen nicht gerecht. Napoleon hat ja schon 1806 Preußen 42 000 Mann zugestanden. Wir sind nur an die Durchführung des Friedensvertrages gegangen, weil das die einzige Möglichkeit zu sein scheint, unser Land vor neuer Demütigung und Besetzung zu bewahren. Der Entwaffnung der Ostfestungen müssen wir widersprechen. Unsere blühenden Waffenfabriken in Süddeutschland mußten geschlossen werden, weil man die Konkurrenz fürchtet. Die Auflösung der Freikorps ist gelungen. Ihre Mitglieder sind zum größten Teil ins Erwerbsleben übergegangen. Es ist gelungen, die Reichswehr aus dem Bürgerkrieg herauszuziehen. Die Ordnung aufrecht zu erhalten ist Aufgabe der Polizei. Das gilt auch vom Streiks. Die Reichswehr ist innerlich gefestigt worden. Ich wundere mich jetzt über den Mut, den ich hatte, als ich mein schweres Amt übernahm. Als Hampelmann, wie ein Sozialdemokrat sagte, habe ich mich nie betrachtet. Trotzdem war mir manchmal, als ob ich keinen Boden unter den Füßen hätte. Die Abrüstung war nicht möglich ohne das loyale Verhalten der Mannschaften und Offiziere. Auch der Chef der Heeresleitung hat schwere Tage gehabt und schwere Angriffe ruhig ertragen. (Adolf Hoffmann ruft: Nieder mit Ludendorff! Gegenruf rechts: Nieder mit Hoffmann! Heiterkeit.) Der Minister gibt Auskunft über die Einteilung seines Ressorts und über Einzelheiten seines Etats. Er verweist auf die hohen Kosten für Pferde, Benzin usw. Ersparungen bei Kasernen kommen den Truppen zugute. In Preußen sind der Sipo Ausnahmestücke zugestanden, und es ist alles in Ordnung. Warum sollen nun unsere Ausnahmestücke ausgerechnet monarchistischen Charakter tragen, wie der Abg. Schöpflin behauptet? Für uns sind daher nur praktische Gesichtspunkte maßgebend. Gehorsam ist die besondere Ehre des Soldaten. Pflicht der Führer ist es, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Zahl der Zwischenfälle hat sich sehr verringert. Das beweist, daß die Führer in meinem Sinne arbeiten. Man kann den Reichswehrminister doch nicht für alle monarchistischen Veranstaltungen verantwortlich machen. General von Möhl hat sich in München bei der Reichsgründungsfeier auf den Boden der Loyalität gestellt. Von einer Beschießung von Soldatensiedlungen im Lockstedter Lager kann keine Rede sein. Verboten habe ich den Frontbund des Hauptmanns Pfeffer, der leider vom Gericht gegen Kaution entlassen worden ist. Gegen den Reichsbund deutscher Berufssoldaten wurde ich erst zurückhaltend, als ich merkte, daß ich in meinem eigenen Hause beschnüffelt wurde. Der deutsche Offiziersbund besteht zumindestens aus neun Zehntel inaktiven Offizieren. Meine wichtigste Aufgabe ist die Ueberbrückung der Kluft zwischen Heer und Volk. Gestört werde ich dabei von der äußersten Linken. Trotzki, der russische Kriegsminister, erklärt in einer Rede über die Organisation der Roten Armee, daß es sich nicht verhindern lasse, daß auf dem Kommandogebiet die volle Verantwortung militärischen Spezialisten übertragen werden muß (Zurufe). Wenn ich Herrn von Seeckt einen Befehl erteile, so wird er auch glatt ausgeführt. Wer etwas anderes behauptet ist ein elender Verleumder. An Tatsachen ist wenig vorgebracht worden, an Verdächtigungen viel. Ruhe und Ordnung sind im Lande eingetreten. Die Abrüstung ist durchgeführt. Peinliche Zwischenfälle kommen nur selten vor. Das Heer wird dafür sorgen, daß das deutsche Volk sich in Sicherheit weiterentwickeln kann. (Beifall.)

Oberschlesiens Steinkohle und Deutschland.

Aus Kattowitz wird dem Auer Tageblatt geschrieben: In der französischen Presse macht sich zurzeit das Bemühen bemerkbar, nachzuweisen, daß Deutschland Oberschlesien nicht nötig habe, um leben und den ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen nachkommen zu können. Hinter diesem Vorgehen stecken zweifellos polnische Einflüsterungen, ein Erfolg kann ihm aber nicht beschieden sein, denn auf falsche Zahlen lassen sich keine richtigen Schlüsse aufbauen, und die von der polnischen und französischen Presse veröffentlichten Zahlen sind falsch. Nach dem Petit Parisien soll Deutschland vor dem Kriege kaum 25 Proz. der oberschlesischen Kohle für sich verbraucht haben, der Rest der Produktion sei zur Ausfuhr bestimmt gewesen. Polen allein habe 40 Prozent seines Bedarfs an Kohlen in Oberschlesien gedeckt. Wie sind aber die richtigen Zahlen? Der Bahnversand innerhalb des Regierungsbezirks Oppeln betrug im Jahre 1913 19 Prozent. Nach dem übrigen Inland 42,09 Prozent, nach dem Ausland 38,91 Prozent des Gesamtversandes. Das Deutschland vor dem Kriege einschließlich Oberschlesiens, das ja auch jetzt noch dazugehört, nahm also 61,09 Prozent des oberschlesischen Bahnversandes auf und nicht 25 Prozent, wie der Petit Parisien behauptet. Wie war die Kohlenförderung in Polen? Die Gruben in Kongreßpolen und Galizien förderten im Jahre 1913 zusammen 8 804 378 Tonnen, die Einfuhr aus Oberschlesien betrug 3 464 319 Tonnen. Rechnet man noch die Einfuhr aus Rußland und die Ausfuhr polnischer Kohle nach Galizien in Betracht, so deckte Oberschlesien knapp 28 Prozent und nicht, wie Petit Parisien behauptet, 40 Prozent des Kohlenbedarfes in Polen. Erschwerend ist aber, daß die oberschlesische Zufuhr, eine zeitraubende Maßnahme, durch den eigenen Bergbau Polens ersetzt werden kann. Es wäre nur nötig, durch bessere Ausgestaltung der vorhandenen Betriebseinrichtungen und bessere soziale Fürsorge die Leistungen der vorhandenen und leicht zu vermehrenden Arbeiterschaft zu steigern. Deutschland aber kann Oberschlesien nicht entbehren. Nach einer genauen Uebersicht, nach der die Ententelieferungen auf 35½ Millionen beziffert werden, verbleiben für das verkleinerte Deutschland bei einer Förderung von 102 Millionen Tonnen jährlich 66 Millionen Tonnen gegenüber einem Bedarf von 135 Millionen Tonnen. Aus diesen wenigen Zahlen geht zur Genüge hervor, daß Polen Oberschlesien nicht braucht, und daß wir die Leistungen des Friedensvertrages nicht erfüllen können, wenn wir Oberschlesien verlieren.

Das Kohlenlehen.

W. W. Voraussichtlich wird der Begriff des Kohlenlehens in den Kämpfen um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine große Rolle spielen. Das Kohlenlehen soll einen Ersatz für die Vollsozialisierung bieten, gegen die Volkswirte und Sachverständige des Bergbaues gleichermaßen schwere Bedenken hegen. Die Urheber des Vorschlages des Kohlenlehens suchen nun einen Mittelweg. Darin stehen sie nicht allein. Auch der sogenannte Vorschlag 2 der Sozialisierungskommission, der das Kennwort Rathenau trägt, will ein Mittelding, weil für die Vollsozialisierung die Zeit noch nicht gekommen sei. Wieder andere Wege geht der Entwurf Beckmann, der nur die Kohlenvorkommen in das Allgemeineigentum übergeführt wissen will, während die gesamten Betriebsanlagen, also die Bauten über und unter Tage ein Eigentum der Zechenbesitzer bleiben sollen. Gegen die Grundzüge dieses Entwurfes läßt sich einwenden, daß er im Falle der Annahme der Ausgang unendlich verwickelter Prozesse und Streitigkeiten sein wird. Wenn Vorbesitzer und Pächter nicht die gleichen Personen sind, ist die Ablösung und damit eine erhebliche finanzielle Belastung des Reiches notwendig. Diese und andere Fehler sucht der Vorschlag des Kohlenlehens zu umgehen. Als Träger dieses Vorschlages zeichnet das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Direktor Hans Krämer. Der Sinn des Lehens ist, daß das gesamte Bergwerkseigentum an den Staat zurückfallen soll. Bis das eintritt — wobei die genauen Fristen noch festgesetzt werden müssen — bleibt den Bergwerkseigentümern das Ausbeuterecht gegen die Entrichtung eines Lehens-Zinses an das Reich gesichert. Das ist nur der Grundzug des Kohlenlehens. Der Vorschlag erhebt den Anspruch, ein außerordentlich ver-